

: (Wie) Wählen gehen?

Ein Interview mit dem Wahlforscher Thorsten Faas zur Frage, ob Nichtwählen sinnvoll sein kann, was strategisches Wählen ist und ob ungültig Wählen eine Alternative sein kann.

Im September wird der Bundestag neu gewählt, und die Parteien werben um jede Stimme. Ist es denn aber wirklich so wichtig, wählen zu gehen? Demokratie passiert ja glücklicherweise nicht nur im Parlament. Und durch Wahlen lässt sich doch vieles kaum beeinflussen, etwa, dass menschenfeindliche Ideologien in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet sind. Oder?

Völlig richtig ist, dass Wählen nur eine Form politischer Partizipation ist. Man sollte sich fragen: Welche Eigenschaften sind mit bestimmten Formen politischer Partizipation verbunden? Für das Wählen gilt: Parteien haben sehr vielfältige Angebote. Was genau dann eine Stimme für eine bestimmte Partei im Sinne eines inhaltlichen Auftrags bedeutet, ist nicht ganz klar. Ebenso muss man aber fragen: Worum geht es eigentlich bei Politik, bei politischen Entscheidungen? Diese werden von gewählten Abgeordneten getroffen, sind dann für uns alle verbindlich. Die Legitimation dafür wird durch Wahlen vermittelt. Aus dem Wahlakt gehen ein bestimmtes Parlament und eine Regierung hervor. Das hat für uns alle weitreichende, auch persönliche Konsequenzen. Gerade wenn wir über junge Menschen reden, ist es inzwischen unter dem Stichwort „demografischer Wandel“ so, dass die Zahl der jungen Wähler_innen im Vergleich zu den älteren durchaus klein ist. Wenn dann junge Menschen auch noch nicht wählen, dann verlieren sie Einflussmöglichkeiten über diesen sehr zentralen Kanal der Demokratie. Insofern spricht überhaupt nichts dagegen, sich auch in vielen anderen Formaten zu engagieren. Daraus folgt aber aus meiner Sicht nicht, dass man nicht zur Wahl gehen sollte. Ich würde hier überhaupt kein entweder-oder, sondern ein sowohl-als auch sehen.

Diese Verbindung, dass mit Nichtwählen bestimmte Folgen für Parteien an den Rändern, etwa rechtspopulistischen Parteien, verbunden sind, ist nicht wirklich so klar. Man hört manchmal Stimmen, die sagen: Ich gehe da zwar hin, gebe aber eine ungültige Stimme ab, dann habe ich wenigstens meinen Beitrag gegen ein Erstarken gerade auch der rechten Ränder geleistet. Das ist natürlich Quatsch. Die These, die dabei mitschwingt, ist, dass die Anhängerschaften von rechten bzw. rechtspopulistischen Parteien wahlfreudiger sind als andere. Das wird manchmal so gesehen – die wissenschaftliche Befundlage ist da nicht so eindeutig. Ich würde sagen: wählen gehen ja, besonders in diesem Jahr. Ich würde es aber nicht nur als Reaktion auf das Erstarken von Rändern sehen. Wählen ist in jedem Fall ein hohes Gut. Man sieht es auch daran, dass Menschen in anderen Ländern viel Engagement aufbringen, mitunter auch ihr Leben einsetzen, damit dort endlich Wahlen stattfinden können.

Würden Sie also sagen, dass Nichtwählen – prinzipiell, und speziell in diesem Jahr, das auch durch ein Erstarken des Rechtspopulismus geprägt ist – gar keinen Sinn macht?

Es liegt im Wesen einer demokratischen Wahl, dass es bei 60 Millionen Wahlberechtigten nicht für jede_n Einzelne_n exakt die Partei gibt, die genau zu den eigenen Vorstellungen passt. Es ist richtig, dass es ein weit verbreitetes Gefühl gibt, mit jeder Partei in bestimmten Politikfeldern zu fremdeln. Aber trotzdem glaube ich, dass es genügend Angebote gibt, um am Ende zu sagen: Das ist die Partei, die mir am ehesten zusagt. In der Wahlforschung unterscheidet man zwischen strategischem Wählen einerseits und ehrlichem, aufrichtigem Wählen andererseits. Aufrichtiges Wählen heißt: wenn mir eine bestimmte Partei gefällt, dann wähle ich sie auch. Es kann Gründe geben, davon abzuweichen und strategisch zu wählen, etwa damit eine von mir gewünschte Koalition am Ende eine Mehrheit bekommt. Strategisches Wählen gibt es mit Blick auf die Fünfprozent-Hürde. Wenn man eine Partei gut findet, die in Umfragen aber weit unter dieser Hürde bleibt, würde man seine Stimme gewissermaßen verschenken. Da sollte man überlegen, ob es nicht eine Partei gibt, die bessere Chancen hat, in den Bundestag einzuziehen.

Wenn man sich mit den Zielen der zur Wahl stehenden Parteien nur in wenigen Punkten identifizieren kann: Kann man strategisch wählen, um zumindest Parteien zu verhindern, die den eigenen Interessen widersprechen?



Da muss man zwischen kurz- und mittelfristigen Effekten unterscheiden. Man sollte sich klarmachen, was der Umgang mit einer ungültigen Stimme rechnerisch bedeutet. Die ungültigen Stimmen zählen mit, wenn es darum geht, die Höhe der Wahlbeteiligung zu bestimmen. Für die Vergabe der Sitze im Parlament spielen sie aber keine Rolle: Dafür zählen ausschließlich die gültigen Stimmen. Es gibt im Deutschen Bundestag nicht zehn symbolisch frei bleibende Sitze, die dann die ungültigen Stimmen symbolisieren. Kurzfristig verschenkt man also dadurch den Einfluss auf die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. Wenn aber eine große Zahl von Menschen bewusst eine ungültige Stimme abgibt (wie etwa kürzlich in Frankreich bei der Stichwahl zwischen Macron und LePen), dann könnte das schon eine gewisse Diskussion auslösen. Was ist hier eigentlich los? Mit welcher Politikverdrossenheit haben wir es zu tun? Dafür müssten es aber sehr, sehr viele ungültige Stimmen sein, und da zeigt die Erfahrung bisher, dass das nicht passiert. Man muss es deutlich sagen: man würde das Erstarken bestimmter Parteien nicht verhindern.

Kann ungültig Wählen denn eine Alternative sein?

Bei den letzten Landtagswahlen konnten viele einstige Nichtwähler_innen mobilisiert werden. Haben wir es mit einer Demokratiebewegung zu tun, oder ist das ein Ergebnis der Polarisierung der letzten Jahre?

Das wird durchaus ambivalent diskutiert. Parteien, die sich dafür stark gemacht haben, sich mehr mit Wähler_innenmobilisierung zu beschäftigen, waren vor allem SPD und Grüne. Jetzt sieht man: Stärkere Wahlbeteiligung nützt vielleicht auch rechten, rechtspopulistischen Parteien. So würde ich aber nicht argumentieren. Ich würde auch die erfolgreiche Mobilisierung von Nichtwähler_innen durch die AfD erstmal als eine gute Sache ansehen, weil sie erstens zeigt, dass man Menschen, die man früher nicht erreicht hat, erreichen kann, und zweitens bestimmte Problemlagen, die durch die Nichtwahl nicht sichtbar geworden sind, plötzlich auch an Wahltagen sichtbar werden. Drittens ist es außerdem ein Signal, dass es sich lohnt, um diese Gruppe zu kämpfen. Das Aufkommen der AfD hat also durchaus auch positive Züge.

Die Gruppe der jüngeren Wähler_innen ist weniger wahlfreudig als die Gruppe ab etwa 50 Jahren. Das ist kein neues Phänomen, sondern seit Gründung der Bundesrepublik so. Die Erstwähler_innen gehen noch etwas häufiger zur Wahl als die Gruppe zwischen 21 und 25 Jahren, die durch die niedrigste Beteiligung charakterisiert ist. Das ist durchaus problematisch, gerade im Hinblick auf die demografische Struktur der Gesellschaft. Wir sehen am Wahltag unterschiedliches Gewicht, mit dem die verschiedenen Altersgruppen präsent sein können und durch ihre tatsächliche Wahlbeteiligung präsent sind. Daraus sollte auf keinen Fall folgen, dass junge Menschen sich von Wahlen abwenden. Im Gegenteil, umso wichtiger ist es, dass sie tatsächlich auch zur Wahl gehen.

Wie sieht es mit jungen Wähler_innen und Erstwähler_innen aus? Unterscheiden sie sich von anderen Gruppen?

PROF. DR. THORSTEN FAAS

ist Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und untersucht u.a. Wahlen, Wahlkämpfe und Wahlstudien.

thorsten.faas@uni-mainz.de